Nummer 125 — Halle, Freitag, den 14. April 1922 — Jahrgang 56

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Saale-Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal und zwar als Frühblatt. Der Bezugspreis beträgt in Halle und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 12.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 11.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 1.50, im auswärtigen Verkehr M. 2.40. Reklamen die Millimeter-Zeile M. 5.00 im Ortsverkehr und M. 6.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Nur über vorherige Anfrage.

Geschäfts-Geschäftsstelle: Halle a. S., Große Ulrichstraße 1a und Große Ulrichstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummer: Sammelnummer 1161 und 1162. Telegr.-Geschäftsstelle: Saale. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Geschäftsstelle: „Saalezeitung Saalesaale". Bankrechnung: Deutsche Bank Filiale Halle, Halle a. S. Verantwortlicher Redakteur: Hans Dr. Schröder, Halle a. S. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Die Reparationsfrage.

Strömungen unter der Oberfläche — Poincaré kommt nach Genua
Der Plan einer internationalen Notenbanken-Konferenz.

Ein stiller Kampf.

Die Stimmung unter den Konferenzteilnehmern und die Entwicklung der Beratungen in den Kommissionen macht es zweifelhaft, ob es den Franzosen und ihren Helfershelfern gelingen wird, das Reparations- und das Abrüstungsproblem für die ganze Dauer der Konferenz schon von der Schwelle abzuweisen. Die Situation kennzeichnet treffend ein Mitglied des bulgarischen Ministerpräsidenten: „Wenn man die Reparationsfrage zum Tor hinauswirft, kriegt sie durchs Fenster wieder ein." Die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer empfindet immer mehr und läßt das auch in Privatunterhaltungen deutlich erkennen: ohne die Lösung der Reparationsfrage ist all unser Mühen umsonst. Frankreich spielt natürlich weiter den Uebellaunigen, der sofort das Lokal zu verlassen droht, wenn die Reparations- oder die Abrüstungsfrage auf das Tapet gebracht würde. Da man an der Seine zu Barthou nach seinem ersten Debut anscheinend kein volles Vertrauen mehr hat, hat Poincare höchstselbst sich angemeldet. Er kommt in eigener Person, um die Geschicke der Konferenz in seinem Sinne zu lenken.

Selbstverständlich darf man noch keine ausschweifenden Hoffnungen hegen — wir haben immer davor gewarnt, aber unleugbar bleibt doch, daß die Entwicklung mit aller Gewalt darauf drängt, das alte Haßprogramm zu revidieren und im Interesse der Gesundung der ganzen Welt neue Bestimmungen zu treffen, die den besiegten Völkern, insonderheit Deutschland, das Leben lassen und seine Wirtschaft, unentbehrlich für das Kulturganze, nicht zerstören. Deutschlands Vertreter haben bisher mit Takt und kluger Zurückhaltung operiert, indem sie es vermieden, dieser Entwicklung vorzugreifen. Umso bedauerlicher ist es, daß es sich die deutschnationale Presse zum Teil nicht versagt, Nachrichten, die in Paris erfunden sind, um die deutsche Delegation lächerlich zu machen, mit einem gewissen Behagen weiterzuverbreiten. Als sich die deutsche Delegation auf der Reise nach Genua befand, unterhielten diese Kreise ihr Lesepublikum mit hämischen Glossen darüber, wie blaß und überarbeitet die Herren ausgesehen hätten. Und jetzt machen sie sich die französische Lügenmeldung zu eigen, der Minister des Aeußeren, Rathenau, den sie ja besonders lieben, sei bei einem Ententevertreter zugunsten der Besprechung der Reparationsfrage vorsätzlich geworden, der habe ihm aber die Tür vor der Nase zugeworfen.

Was sollen solche Märchen, die letzten Endes nicht bloß die deutsche Delegation, sondern unser Volk überhaupt herabwürdigen? heißt das nicht, in wirklich unentschuldbarer Weise die nationalen Notwendigkeiten verkennen?

Die engen Grenzen der Konferenz.

London, 13. April. „Daily Telegraph" meldet aus Genua, viele, vielleicht die meisten Abordnungen auf der Genueser Konferenz seien ansicheinend ungeduldig wegen der engen Grenzen, auf die die Genueser Konferenz infolge der Beschlüsse von Cannes beschränkt sei, und wegen der gegen die Konferenz gerichteten Propaganda, insbesondere durch Frankreich und in den Blättern derjenigen Länder, die man im Verdacht habe, für Frankreich zu wirken. Die russische und die ungarische Abordnung versuchten, die Stahlringe zu sprengen, von denen die Konferenz von Genua umgeben sei.

Das Reparationsproblem.

Unterstützung bei den Neutralen.

London, 13. April. Die „Times" berichtet aus Genua, der bulgarische Ministerpräsident habe in einer Unterredung erklärt, wenn man die Reparationsfrage zur Tür hinauswerfe, werde sie durch das Fenster wieder hereinkommen. Auch der österreichische Bundeskanzler habe gesagt, die wichtigste Arbeit der Konferenz werde seiner Ansicht nach in nichtformellen Sitzungen und Unterredungen geleistet. Diese nichtformellen Erörterungen könnten das Reparationsproblem kaum übergehen.

Wie derselbe Berichterstatter außerdem meldet, haben die neutralen Staaten bei ihrer Zusammenkunft in Bern ein Uebereinkommen getroffen, die Frage der Reparationen nicht selbst vorzubringen, jedoch jeden zu unterstützen, der sie vorbringen würde.

In der eigenen Schlinge.

Paris, 13. April. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" in Genua glaubt zu wissen, daß Barthou auf Grund einer Anweisung Poincares eine Unterredung mit Lloyd George über die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission hatte. Barthou habe erklärt, es scheine ihm angesichts der deutschen Weigerung schwierig, Deutschland in den Ausschüssen und Unterausschüssen der Konferenz den gleichen Platz wie den anderen Mächten einzuräumen. Lloyd George habe erwidert, da man die Reparationsfrage von der Tagesordnung der Konferenz beseitigt habe, könne man aus der deutschen Antwort keine Argumente ziehen, wenn es sich um die Reparation handle. Er würde sich vielleicht den Argumenten Barthous anschließen, aber unter der Bedingung, daß die Reparationsfrage vor der Konferenz aufgeworfen und Deutschland aufgefordert werde, sich auszusprechen. Daraufhin habe Barthou seine Bemerkung zurückgezogen.

*

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet: In englischen Konferenzkreisen wird der Vorschlag gemacht, in Genua eine Zusammenkunft der alliierten Finanzminister abzuhalten, die sich mit Ausnahme des französischen Finanzministers de Lasteyrie bereits dort befinden. Diese Ministerkonferenz könnte sich mit der Reparationsfrage und ihrer Beziehung zu den auf der Konferenz von Genua selbst aufgeworfenen Probleme beschäftigen.

Poincaré kommt!

London, 13. April. Nach der „Times" hat die italienische Behörde Anweisungen erhalten, für die Unterbringung Poincares, der für nächsten Dienstag oder Mittwoch erwartet wird, alle Vorkehrungen zu treffen.

Die Regelung der Entwaffnungsfrage.

Paris, 13. April. Wie der Sonderberichterstatter des Petit Parisien in Genua erfährt, ist es nicht ganz sicher, ob Lloyd George den Plan einer Regelung der Entwaffnungsfrage vor den politischen Unterausschuß bringen wird. Lloyd George hoffe, daß ein auf dieser Grundlage geschlossener Vertrag der Ausgangspunkt einer späteren Herabsetzung der Rüstungen sein werde und daß dann auf diese Weise vielleicht die Ansicht Amerikas sich ändern könne. Die Länder der kleinen Entente sollen bereits über diese Frage verhandelt haben. Wenn diese Staaten den Vorschlag annehmen würden, so würden sie Abänderungen vorschlagen, daß die Annahme der Rüstungspause den alliierten Staaten nicht verbieten dürfe, wenn nötig mit Gewalt zu intervenieren, sei es um den Appelt vor dem geschlossenen Vertrag sicherzustellen, sei es, um die Rückkehr der Habsburger zu verhindern. Außerdem würde ein Zusatzartikel zum Abkommen vorgeschlagen, nach dem sich die Signatarmächte verpflichten, mit Waffengewalt jedem Land zu helfen, das unter Verletzung des Paktes angegriffen werde.

London, 13. April. Wie der Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus aus Genua erfährt, wird Lloyd George die erste Gelegenheit ergreifen, um eine Verpflichtung vorzuschlagen, nach der keine Nation die Waffen ergreifen dürfe, um so die Möglichkeit von Kämpfen während der Zeitdauer des Paktes auszuschließen. Daily News meldet aus Genua, der Plan Lloyd Georges stoße auf Widerstand. Die Gruppen der kleinen Entente seien gänzlich dagegen unter der Begründung, Verpflichtungen allein ohne Zwangsmaßnahmen seien wertlos.

Luzzattis Plan zur Stabilisierung der Kurse.

In den Debatten der Finanzkommission wird voraussichtlich das in den Vorberatungen der Alliierten mit ausdrücklicher Zustimmung der englischen Sachverständigen angenommene Projekt Luzzattis als Grundlage der Erörterungen dienen, welches zwecks Stabilisierung der Kurse und Verhinderung der internationalen Valutaspekulation die Errichtung eines gemeinsamen Bureaus aller Emissionsinstitute vorsieht.

Englisches Lob für die Bolschewisten.

London, 13. April. Der Chefredakteur der sehr französenfreundlichen „Times", W. Steed, schreibt seinem Blatte aus Genua, die Ehre der Konferenz gebühre den Bolschewisten. Sie hätten keinen Fehler begangen und geschickt manövriert. Er stellt die Frage, ob ihre Anerkennung noch zweifelhaft sei, und sagt: Angesichts der Bolschewisten sind wir alle schwach. Wir haben 30 Arten von Politik, die Bolschewisten nur eine. Dann fährt er fort, die Bolschewisten seien so in der Lage, den Gang der Konferenz zu bestimmen. Wenn ihre Politik so klug wie ihre Stellung stark sei, so können sie einen beträchtlichen Erfolg davontragen. Wenn die französischen Bevollmächtigten nicht vorsichtig genug wären, so könnte das die Isolierung Frankreichs zur Folge haben. Das Gespenst der Isolierung Frankreichs sei bereits mehrmals in den letzten Tagen aufgetaucht; die Franzosen hätten es gesehen und seien davor gewarnt worden.

Bratianu bei Wirth.

Genua, 14. April. Der Führer der rumänischen Delegation, Ministerpräsident Bratianu hat heute Vormittag dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen im Hotel Eden einen Besuch abgestattet. Heute nachmittag 3 Uhr wird der Kanzler dem Kardinal-Erzbischof einen Besuch machen.

Die Antipoden.

Frankreich und Rußland in Genua.

(Nachdruck verboten.)

Die Rollenverteilung in der politischen Szene in Genua hat sich bereits jetzt ziemlich klar entschieden: Rußland entfaltet eine rührige Aktivität, die Konferenz zu wirklichen Ergebnissen zu treiben, Frankreich wirkt als retardierendes Moment. Lloyd George in der Mitte hat die glücklichste Position, im Ausgleich der beiden Gegenströmungen das Programm seinen Wünschen entsprechend immer ein Stück weiter vorzuschieben. Mehrheitsbeschlüsse brauchten bisher nicht gefaßt zu werden, aber die Isolierung Frankreichs machte sich bereits deutlich bei der Beschlußfassung über die Finanzkommission bemerkbar, als der französische gegen Deutschland und Rußland gerichtete Antrag zurückgezogen werden mußte, weil man einheitlich dagegen war. Diese Konstellation ist durchaus ein günstiges Vorzeichen für ein gewisses Gelingen der Konferenz, denn selbst wenn sie durch Frankreich gesprengt werden sollte, was indessen wenig wahrscheinlich ist, ist man doch schon um ein gut Stück Weges weiter gekommen, da der Krieg nach dem Kriege für Deutschland und Rußland mit den europäischen Hauptmächten tatsächlich beendet ist.

Für Rußland ist die bisherige Stellung der alliierten Mächte, die auch in dem für Cannes ausgearbeiteten Memorandum ihren Ausdruck findet, so unfruchtbar, daß es nur durch äußerste Initiative ein positives Resultat erreichen kann. Rußland ist nicht gewillt, die Gleichberechtigung auf der Konferenz als eine Gnade anzunehmen. Seine Anträge bei jeder Gelegenheit wirken direkt wie eine starke Betonung dieses Standpunktes. Das Memorandum enthält nur Bindungen und Verpflichtungen für Rußland, aber keine positiven Hilfsmaßnahmen. Rußland bleibt hier nur Objekt der Politik der anderen, und diese Rolle wäre vielleicht pure Genua möglich gewesen, jetzt aber nicht mehr. Tschitscherin tat das Klügste, was er tun konnte: Er verlangte Bedenkzeit zum Studium des umfangreichen Schriftstücks und Mitteilung an die übrigen Delegationen durch die er sie zu einer bestimmten Stellungnahme zwingt. Die russische Taktik ist hervorragend und eminent politisch. Tschitscherin bleibt nicht hinten, er wagt sich sogar weit vor und zögert nicht, auch Widerspruch zu erwecken, selbst wenn ihm die allgemeine Sympathie nicht ganz folgen kann. Der Protest gegen Japan und Rumänien, so aussichtslos er war, blieb nicht ohne Wirkung. Man erkennt daraus, daß Rußland zu großem Einsatz seiner Macht bereit ist und selbst diese weiten Vorstöße stärken nur seine Bedeutung. Die Sowjetpolitik weiß, daß sie nicht alles erreichen kann, was sie erstrebt, aber sie will den Opfern und Konzessionen gegenüber, die sie bringt, ein starkes Aktivum schaffen.

Niemandem gelegener als dem Vater der europäischen Konferenz ist der russisch-französische Gegensatz. Deutschland ist gebunden durch tausend Rücksichten. Von einem Flüchten ins englische Lager hat es nichts zu erwarten, es würde im Gegenteil nur Englands Stellung in der Reparationskommission und wo es sonst der Partner Frankreichs nach dem Friedensvertrage sein muß, schwächen, wenn es der französischen Politik Mittel in die Hand gäbe, seine Haltung als Obstruktion zu beweisen. Für Rußland bestehen diese Bindungen nicht. Ein solches Lebenmüssen, wie es Deutschland beschieden ist, wäre für Rußland nicht nur zwecklos, sondern für das Sowjetregime gefährlich, das nur bei schnell sichtbarer Hilfe die Kapitulation vor Europa verantworten kann. Wenn die Sowjetregierung nichts nach Hause bringt, so behält sie wenigstens noch immer die Mittel der Agitation in der Hand. Rußland müsse noch leiden, weil die kapitalistische Welt ihm nicht helfen, ihm im Gegenteil den Lebensfaden abschneiden wolle. Es kann die Konzessionen nicht aus der Hand geben, ohne Gegenwerte zu erhalten und seine energische Initiative soll Wegbereiter sein, damit die anderen folgen können.

Beim Scheitern der Konferenz, das nur von Frankreich ausgehen kann (da die russische Anpassungsfähigkeit jede akute Krise vermeidet), bestände für Rußland immerhin der Gewinn, Anknüpfungspunkte mit dem übrigen Europa gefunden zu haben. Frankreich trumpft mit seiner militär-politischen Macht. Es gibt sich gar keine Mühe, sein Mißvergnügen zu verstecken. Jeder Antrag seiner Vertreter hat den Unterton, „die Konferenz soll nichts bringen, denn wir wollen die Konferenz nicht". Je weniger ein Resultat der Völkerzusammenkunft erreicht werden kann, um so mehr freut sich Frankreich mit seinem reaktionären Parlament, um so größere Scheinberechtigung haben die Rüstungsvorlagen. Das unbefriedete Europa ist der Steigbügel für den französischen Imperialismus, der nicht daran denkt, den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten aufzugeben. Die deutsche Antwort an die Reparationskommission durchkreuzt die französischen Pläne. Poincaré weiß wohl, daß, wenn die Reparationskommission jetzt sich an die alliierten Regierungen zur Genehmigung von Sanktionen wendet, die Erörterung des Problems in Genua unabwendbar wird, daß andererseits, wenn es in Genua auch nur zu dem geringsten Ergebnis kommt, die französische Politik auf die Grundsätze der zivilisierten Staaten verpflichtet ist, die Oberhoheit eines anderen Landes zu respektieren. Daher zielt das französische diplomatische Vorgehen dahin, jedes Ergebnis zu sabotieren. So sehr auch Barthou jetzt in der französischen Presse gelobt wird: Er hat sich durch die Genua-Mission sein eigenes Grab geschaufelt, wenn es ihm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220414011/fragment/page=0001

nicht gelingt, es zum Konflikt zu treiben. Aber schon die Zusammenarbeit in den Kommissionen ist ein Erfolg der Völkerzusammenkunft, weil Frankreich nicht nach Zusammenarbeit, sondern nach Herrschaft trachtet. Der Gegensatz mit Rußland ist weniger materieller Art, Frankreich und Rußland sind deshalb die Gegenpole in Genua, weil Rußland zu einer Erfüllung der Verheißung des Friedens, Frankreich zum Konflikt drängt, der den alten Zustand weiter bestehen läßt.

E. P.

Antwortnote der Reparationskommission.

Wie Havas meldet, hat die Reparationskommission in ihren beiden gestrigen Sitzungen eine wichtige Entscheidung getroffen. Auf Grund der Prüfung der deutschen Antwort hat sie sich entschlossen, der Reichsregierung eine neue Note zugehen zu lassen, deren Redaktion noch heute fertiggestellt werden dürfte. In dieser Note wird dem Vernehmen nach die Wiedergutmachungskommission ihre frühere Entscheidung, der zufolge Deutschland ein Moratorium bis zum 31. Mai gewährt wird, bestätigen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß die Kommission zu diesem Zeitpunkt feststellen wird, ob der vorläufige Aufschub zu bestätigen ist oder nicht. Im Anschluß an diese Mitteilungen betont die Veröffentlichung der Havas-Agentur, daß sich somit auf der einen Seite die Reparationskommission an ihre Note vom 21. März gebunden erachte, dafür auf der anderen Seite für Deutschland aber auch die Verpflichtung weiterbestehe, zu den vorgeschriebenen Terminen des 15. April und 15. Mai die fälligen Zahlungen zu leisten d. h. 18 Millionen Goldmark am 15. April und 50 Millionen Goldmark am 15. Mai.

Deutsch-dänische Vereinbarung.

Bei dem Abschluß der deutsch-dänischen Verhandlungen am Mittwoch wurden durch Notenwechsel noch folgende Vereinbarungen getroffen: 1. Einrichtung einer Nachtverbindung im Eisenbahnverkehr Deutschland—Dänemark vom 1. Juni ab, 2. Herstellung eines Dammes nach Sylt innerhalb von drei Jahren, 3. während dieser Zeit paß- und zollfreier Verkehr nach Sylt über Tondern-Hoyen, tägliche Zugverbindung nach jeder Richtung in einem für die praktischen Bedürfnisse ausreichenden Maße, außerdem für die Badesaison Einlegung von Bäderschnellzügen, 4. entsprechende Verlängerung des paß- und zollfreien Geschäftsverkehrs, falls der Damm infolge höherer Gewalt innerhalb dreier Jahre nicht fertig werden sollte, 5. tunlichst baldige Verlegung der deutschen Zollabfertigung nach Tondern nach Süderlügum.

Dr. Hermes über das Valutaelend.

Das Grundübel.

Der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten" hatte kurz vor der Abreise der deutschen Delegation nach Genua Gelegenheit, den Reichsfinanzminister Dr. Hermes über die im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehenden deutschen Finanzfragen zu befragen. Der Minister wies zunächst darauf hin, daß durch die neuen Steuern die Belastung des Deutschen Volkes überaus stark sei. „Die deutsche Regierung", sagte der Minister, „hat der Reparationskommission ein reiches Material vorgelegt, aus dem zur Evidenz hervorgeht, daß die Steuerbelastung in Deutschland weit über diejenige in England und in Frankreich hinausreicht. Dieses Material ist bis heute nicht widerlegt und zu meinem lebhaften Bedauern auch nicht zum Gegenstand einer sachlichen Diskussion gemacht worden. Vielfach wird die Ansicht vertreten, als liege der Kern des Uebels in der Vermehrung des Notenumlaufs und der dadurch geschaffenen Inflation. Das stimmt nicht. Die Inflation als solche hängt mit dem schlechten Stand der deutschen Valuta nur lose zusammen. Dieser ist vielmehr in erster Linie bedingt durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, was sich deutlich in der Entwicklung der Valuta zeigt. Soweit die Inflation durch Mittel beseitigt werden kann, auf die Deutschland Einfluß hat, so fordert die deutsche Regierung von ihrem gesamten Volke die höchsten Steuerleistungen, nicht nur durch äußerste Anspannung der Tarife, sondern auch durch eine außerordentliche Mannigfaltigkeit der Steuerarten. Vor kurzem ist die Auferlegung der Zwangsanleihe beschlossen worden, und man wird an die Emission einer freiwilligen Anleihe gehen, sobald das gegenseitige Vertrauen wieder hergestellt ist.

Eine andere Frage ist das Problem der Beseitigung der passiven Zahlungsbilanz. Als Mittel hierzu betrachte ich die Steigerung der Produktion zur Verminderung der Einfuhr und Vermehrung der Ausfuhr und die Anspannung der Arbeitsleistung, ferner die Verhinderung der Kapitalflucht durch strenge Vorschriften. Die Hauptursache der Inflation, nämlich die unsere Leistungsfähigkeit übersteigenden Reparationsverpflichtungen, kann die deutsche Regierung von sich aus leider nicht auf den möglichen Stand zurückführen. Hierin liegt die alleinige Wurzel des Uebels. Deutschland vermag aus eigener Kraft in absehbarer Zeit eine durchgreifende Besserung nicht zu erzielen, wenn ihm nicht Hilfe von außenher zuteil wird. Diese Hilfe kann nur darin gefunden werden, daß man Deutschland seine ausländischen Verpflichtungen auf ein erträgliches und durch Arbeitsleistungen abzutragendes Maß herabsetzt. Erst danach werden ausländische Kredite zu erreichen sein. Zu erwünschen wäre ferner die Erfassung des nach dem Auslande abgewanderten Kapitals im Wege von internationaler, durch Staatsverträge gewährleisteter Hilfe in Steuersachen, wie sie die deutsche Regierung mit der tschechoslowakischen Republik abgeschlossen hat und mit anderen Ländern anstrebt. Auch ein Zusammenarbeiten der Zentralnotenbanken und andere Maßnahmen nährungspolitischer Natur halte ich für erwägenswert. Aber ohne Beseitigung der Grundursache des Valuta-Elends, der unerfüllbaren Bedingungen aus dem Versailler Vertrag, kann es sich nur um ein Herumkurieren an den Symptomen handeln".

*

Der Unterausschuß der Finanzkommission in Genua trat gestern unter Vorsitz Hornes zusammen. Man hatte elf Delegierte erwartet, mehr als 20 Vertreter der verschiedensten Staaten waren erschienen. Horne schlug vor, sofort die Prüfung des Valutaproblems in Angriff zu nehmen. Er verlas die Artikel 29 und 36 des Londoner Sachverständigenberichtes und zog daraus die Schlußfolgerung, daß es nur ein Mittel gebe, das Valutaproblem fruchtbar zu studieren, wenn man nämlich die Tagung einer Internationalen-Konferenz der europäischen Notenbanken ermögliche. Doch auch die amerikanischen Bundesbanken müßten zu dieser Konferenz eingeladen werden, da die großen Goldmengen, die sich in Amerika befinden, unbedingt dazu führen müssen, daß die Vereinigten Staaten an einer solchen Konferenz teilnehmen.

Das Schutzpolizeibeamten-Gesetz.

Aufstieg in alle Offiziersstellen.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben: Das Preußische Schutzpolizeibeamtengesetz, das in einem 108 Paragraphen umfassenden Entwurf jetzt dem Staatsrat vorliegt, regelt die gesamten Rechts- und Versorgungsverhältnisse der Schutzpolizeibeamten.

Schon beim Eintritt wird der junge zwanzigjährige Anwärter mit seiner Verpflichtung zu zwölfjähriger Dienstzeit zum unmittelbaren Staatsbeamten. Die Voraussetzungen, unter denen Kündigungen oder Entlassungen während der Pflichtdienstzeit erfolgen können, sind im Gesetz vorgeschrieben. Gegen etwaige Willkür soll hierbei ein geregeltes Einspruchsverfahren schützen: der Beamte selbst kann in besonders begründeten Fällen seine Entlassung beantragen. Der Gesamtabgang während der Pflichtdienstzeit darf mit Rücksicht auf die Forderungen der Entente jährlich 8 Prozent der Sollstärke nicht übersteigen. Jedem Schutzpolizeibeamten steht der Aufstieg in alle Polizeioffiziersstellen offen. Nach Ablauf der zwölfjährigen Dienstzeit scheiden die Polizeiwachtmeister in der Regel aus der Schutzpolizei aus, da eine Zungerhaltung der in geschlossene Formationen zusammengehaltenen Beamtenschaft notwendig ist. Die Möglichkeit einer späteren lebenslänglichen Verwendung auch im Vollzugsdienst der Schutzpolizei wird durch den Abschnitt „Begräbnis" dem Schutzpolizeibeamten, der als öffentlich erkennbarer bemaßteter Träger der Staatsgewalt mit besonderen Rechten ausgestattet ist, werden in § 18 dementsprechend besondere Pflichten auferlegt. Die Dienststrafen sind die gleichen wie bei den übrigen Beamten; nur kann der Verweis als einfacher oder strenger Verweis erteilt werden.

Die Versorgung der Schutzpolizeibeamten ist mit Rücksicht auf die äußere Aehnlichkeit der Anstellungs- und Entlassungsbedingungen mit denen der Wehrmacht, im wesentlichen den für die Wehrmacht geltenden Vorschriften nachgebildet, die für die verschiedensten Fälle des Ausscheidens eine weitgehende, neuzeitlichen Auffassungen entsprechende, Versorgungsregelung verleihen. Seiner Berufstätigkeit entsprechend kommt dabei für den Schutzpolizeibeamten in erster Linie die Verwendung in lebenslänglichen Polizeidienststellen, einschließlich der Landjägerei und der Kommunalpolizei in Betracht. Der Uebertritt in einen anderen Beruf wird durch Gewährung von Versorgungsscheinen von 1—3jährigen Uebergangsgebührnissen nebst Ausgleichszuschlägen und Kinderbeihilfen, einmaligen Uebergangsbeihilfen und Umzugsentschädigungen gegeben; im Falle einer Anstellung wird für den Versorgungsschein eine Kapitalabfindung sowie Berufsausbildung gewährt. Bei achtzehnjähriger Dienstzeit kann eine Pensionierung wie bei Polizeioffizieren erfolgen.

Verschärfte Wirtschaftskrisel

Preissteigerung bei uns; Preisabbau im Ausland.

(Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt des Monats März ist rapide in die Höhe geschnellt. Sie ist gegenüber dem Februar um 16 Prozent, gegen den Jahresdurchschnitt aber um 40 Prozent gestiegen. Besonders stark fällt die Teuerung aller Lebensmittel ins Gewicht, unter denen wieder Fleisch und Fette die größten Preissteigerungen erfahren haben. Dazu kommt die Brotpreiserhöhung, und auch die notwendigen Ausgaben für Heizung und Beleuchtungen haben gegenüber dem Februardurchschnitt nicht unerheblich zugenommen. Ein Stillstand der ständig steigenden Preiswelle steht noch immer nicht in Aussicht, denn die Bewegung, die Löhne und Warenpreise einander abwechselnd hochtreiben läßt, ist noch keineswegs zur Ruhe gekommen. Von besonderer Bedeutung ist die neue Lohnbewegung im Bergbau. Nach Ostern soll eine neue Festsetzung der Löhne vorgenommen werden, und im Anschluß daran wird natürlich wieder eine Neuregelung der Kohlenpreise angekündigt, was bekanntlich nur ein milder Ausdruck für Kohlenpreiserhöhung ist.

Den ewigen Preissteigerungen in Deutschland steht aber heute in den hochvaluta rischen Ländern bereits ein systematischer Preisabbau gegenüber. Damit wächst die Gefahr, daß die deutschen Warenpreise, die ja durch die Produktionskosten bestimmt werden, die Weltmarktpreise erreichen oder sogar überschreiten. Dann wird es in Deutschland mit der Scheinkonjunktur und den verhältnismäßig hohen Papierdividenden ein böses Ende nehmen. Die Inhaber der deutschen Industrieaktien und auch die Träger der Spekulation haben daher in letzter Zeit über die Phrase von den Goldwerten, die alle Industrieunternehmungen nach einer weitverbreiteten Anschauung darstellen sollen, etwas tiefer nachgedacht. Sie sind dabei zu dem ganz richtigen Ergebnis gekommen, daß die Kapitalentwässerung, die infolge des gewaltig gesteigerten Kapitalbedarfs aller Betriebe schnelle Fortschritte gemacht hat und noch täglich weiter sich vollzieht, diese hohe Einschätzung der Industriewerte erheblich in Frage stellt. Letzten Endes muß sich jede Bewertung auf die Dauer immer wieder nach dem Ertrage richten.

Der Dividendenertrag der Industrieaktien steht aber längst in einem argen Mißverhältnis zu ihren hochgetriebenen Kursen. Die Verzinsung des in solchen Aktien angelegten Kapitals ist heute bereits ganz minimal. Wenn sich nun noch herausstellt, daß auch diese Verzinsung nur so lange sichergestellt ist, als die Scheinkonjunktur in der Industrie anhält und daß diese durch die fortwährenden Preissteigerungen und Lohnerhöhungen bereits ernstlich in Frage gestellt ist, so muß diese Ueberlegung unbedingt zur Vorsicht mahnen. Hieraus erklärt sich in der Hauptsache die gegenwärtige Zurückhaltung auf den deutschen Industrieaktienmärkten, für die dann auch noch die politische Unsicherheit infolge der Konferenz von Genua mitbestimmend ist. Positive Ergebnisse sind auf dieser bisher nicht festzustellen. Auch in bezug auf die Lösung des Reparationsproblems, das durch die deutsche Antwort an die Reparationskommission und deren ungünstige Aufnahme in Frankreich eine Verschärfung erfahren hat, dürfte die Konferenz von Genua keine Klarheit, sondern eher einen Aufschub der Entscheidungen mit sich bringen.

Zu alledem wirkt noch die Geldknappheit auf die Kaufluft der Börse ein, so daß wohl mit einer längeren Periode des Stillstandes und der Verlumpung auf den Industrieaktienmärkten zu rechnen sein wird. Die nicht sehr erhebliche Besserung des Marktkurses, die den Dollar von etwa 330 auf etwa 299 fallen ließ, hat ihren Grund ebenfalls eher in der allgemeinen Unsicherheit und der Zurückhaltung der Spekulation als in einer günstigeren Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Zukunftsaussichten Deutschlands.

Betrüblich sind schließlich auch die Urteile, die über die Aussichten der nächsten deutschen Ernte von sachverständiger Seite gefällt worden sind. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse haben viel Schaden angerichtet. Infolge der anhaltend kühlen Temperatur entwickelt sich die Vegetation wesentlich später und langsamer als sonst. Dadurch ist auch die Frühjahrsbestellung zurückgeblieben. Der Kartoffelmangel, der sich für die Verbraucher unangenehm fühlbar macht, erstreckt sich auch auf die Pflanzkartoffeln, worunter die Aussichten für das nächste Jahr leiden. Die Getreidepreise haben die Weltparität bereits erreicht, so daß nach dem Rückgang der Devisenpreise der Ankauf von Auslandgetreide möglich sein wird. Die Mehleinfuhr ist freigegeben worden, und das ausländische Angebot stellt sich vielfach bereits billiger als gute Inlandware. Gegen die Getreideaufkäufe durch umherreisende Händler hat die sächsische Regierung energische Maßnahmen bei der Reichsregierung beantragt. Wenn auch die Auslandzufuhr uns augenblickliche Erleichterung bietet, so müssen wir doch schon aus Valutagründen bestrebt sein, die aus-

Hallesches Händelfest.

Das späte Frühjahr soll uns endlich bescheren, was seit langem der Wunsch aller Musikfreunde Halles war, ein großes Fest zu Ehren des größten Sohnes unserer Stadt, das zugleich dem ganzen Vaterlande und über seine Grenzen hinaus zeigen soll, was unsere Stadt leisten kann an künstlerischer und kultureller Arbeit. Wiederum soll es uns Anregung und Bewegung bringen für unser Leben nach jeder Richtung edelster Freude und wirklichen Genießens, und soll dadurch ein Höhepunkt und eine neue Kraftquelle für das gesamte künstlerische Leben unserer Stadt werden. Denn wir haben in Händel den musikalischen Genius, der von seiner engsten Heimat in seinem Schaffen ausgehend mit seinem Lebenswerk die Welt erobert hat, der der Menschheit und ihrer Geschichte angehörte und doch unser Landsmann und Blutsverwandter ist, der auch in England der deutsche musikalische Schöpfergeist war und blieb. Wir haben in Händels Kunst wirklich eine geistige Macht, die allen etwas geben, allen etwas sein kann, die auf die höchsten Höhen und in die tiefsten Tiefen führt, die schwersten Anforderungen an Mitarbeit für den musikalischen Kenner stellt, und die doch wieder so unmittelbar ist, daß sie jeden, auch den einfachsten Menschen zu erfassen und emporzuziehen vermag.

Das Programm des diesjährigen Händelfestes in Halle, das in dieser Form überhaupt zum 1. Male gefeiert wird — das letzte vor 37 Jahren hatte doch einen viel kleineren Rahmen und war ganz anderer Art —, ist so geplant, daß es einen wirklichen Gesamteindruck des allumfassenden Schaffens Händels gibt und zugleich Werke bringt, die nur sehr selten gehört werden können. Der Zeitpunkt ist nach Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Faktoren auf die Tage zwischen Himmelfahrt und Sonntag Exaudi — 25. bis 28. Mai — festgelegt. An großen Oratorien werden die beiden „Semele" (in der Bearbeitung von Rahlwes) im Stadttheater am 25. Mai, und „Susanna" (in der Bearbeitung von Schering) im Dom am 27. Mai durch die Robert-Franz-Singakademie und das Stadttheaterorchester unter Leitung von A. Rahlwes aufgeführt. Das Stadttheater bringt am 28. Mai die Oper „Orlando Furioso" (in der Bearbeitung von Moser). Ein Kirchenkonzert in der Marktkirche am 25. Mai wird durch den Stadt-Singechor unter Leitung von Karl Klewert sogesagen in die Brunnenstube der Händelschen Kunst einführen, durch Darbietung von Vokal- und Instrumentalwerken hallescher Meister des 16. und 17. Jahrhunderts und dann Händel selbst in seinem Anthem: „Herr mach' dich auf!" und in einem Orgelkonzert und daneben noch den halleschen Sohn Sebastian Bachs in einem bisher nie aufgeführten Chorwerke „Heilig" zu uns sprechen lassen. Diese letzten Werke werden von der Halleschen Singakademie unter Leitung von W. Wurischmidt mit dem Stadttheaterorchester aufgeführt. Ein Kammerkonzert in der Universitätsaula am 28. Mai, vom Halleschen Händelverein veranstaltet, soll die ganz besonders interessanten Werke Händels: Oboen-Trio, Sonaten für Violine und für Gambe, Stücke für Cembalo, die Lucretia-Kantate, Kammerduett und deutsche Arien für Sopran bringen.

In einem großen Sinfoniekonzert, das vom verstärkten Stadttheaterorchester unter Dr. Göhlers Leitung am 26. Mai gegeben wird, sollen die Ouvertüre und Balletmusik aus „Alcina", die Wassermusik, Concerto grosso u. a. mehr aufgeführt werden. Am 27. Mai findet in der Universitätsaula eine Händel-Festsitzung mit einer Rede des Prof. Schering statt, die von Händelschen Instrumentalsätzen umrahmt ist. Der 28. Mai bringt einen Festgottesdienst in der Marktkirche, der sich in den Rahmen des Festes eingliedern wird in Predigt und stürzischer Ausgestaltung; diese wird vom Pfarrer Balthasar (Ammendorf), die Predigt vom Pfarrer Lic. Bauke gehalten werden. — Von besonderem Interesse wird noch die in der Marienburg stattfindende Händel-Ausstellung sein, für die einer der ersten Kenner der heimischen Geschichte, Dr. Bernhard Weißenborn, seine Mitarbeit zur Verfügung gestellt hat und die mit reichem Material von überall, auch von England her, beschickt werden wird. — Auch an geselligen Veranstaltungen soll den Teilnehmern soviel als möglich geboten werden, u. a. ein Begrüßungsabend auf der Burgloge am 25. Mai, ein gemeinsames Mahl am 28. Mai und ein Nachmittagsausflug in die Umgegend am 26. Mai.

Die Leitung des Festes rechnet bestimmt mit einer zahlreichen Beteiligung der ganzen deutschen Kunstwelt, und auch das Interesse des Auslandes, vor allem der deutschen Kunst in England, hat sich schon sehr rege gezeigt. Um so notwendiger aber ist es, daß unsere ganze Bevölkerung, die Vaterstadt ihres größten Sohnes, sich mit ihrer Teilnahme und ihrem Interesse hinter dieses Fest stellt, in allen ihren Schichten und Ständen. Es ist hier ein Panier gegeben, um das wir alle uns sammeln können: die deutsche Kunst. Und deren größten Namen einen feiern wir — indem wir ihn feiern, ehren und fördern wir uns selbst. Das soll die Stadt Halle und ihre Bewohner nicht vergessen. Besonders dankenswert ist es dabei, daß auch schon eine große Zahl hallescher Einwohner ihre finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt haben — neben der geistigen Arbeit des Festausschusses —, ohne solche tragende Mitarbeit kann das Fest nicht geschafft werden und wir hoffen, daß das Interesse der Hallenser dies Fest zu einem Höhepunkt hallescher Kultur- und Musikgeschichte, zu einem großen gemeinsamen Erlebnis, zu einem Zeugnis der unverbrauchten geistigen Lebenskraft unserer Stadt und zu einem Ausgangspunkt reinster Freude und wirklichen Emporkommens werden läßt!

H. B.

Klavierabend Prof. Max Pauer.

Halle, den 12. April.

Pauer ist ein Pianist von vorbildlicher technischer Sauberkeit und klar disponierendem Verstand. Sein Bachspiel ist hervorragend. Wie er das italienische Konzert wiedergab, wie er mit festen Strichen die Linien der Stimmführung mit plastischer Deutlichkeit nachzeichnete und dabei das Ganze mit innerem Leben erfüllte, das war ausgezeichnet und im echten Stil Bachs getroffen.

Die kraftvolle und zugleich poetisch feinfühlige Darstellung der Es-dur-Sonate (Lebewohl) von Beethoven zeigte den Künstler auf gleicher Höhe. Auch das romantische Element, das für dies Werk so bezeichnend ist, kam zu seinem vollen Rechte, obwohl ihm sonst die Romantik nicht so nahe zu liegen schien, wie klassische Stoffe. Gerade das Träumerische und Sehnsüchtige bei Schumann, auch stellenweise im Largo der H-moll-Sonate von Chopin, wirkte nicht ganz überzeugend. Mit glänzender Virtuosität, schwungvoll vorwärts drängend gestaltete er die Etüde, und im Scherzo huschten die Passagen mit duftiger Leichtigkeit über die Tasten des Grotrian-Steinweg-Flügels. Als stürmisch verlangte Zugabe wurde die sechste „Wiener Soirée" von Schubert-Liszt gespendet, voll rhythmischer Kraft und mit flüssig perlendem Arabeskenwerk versehen, wenn auch nicht eigentlich intim und elegant.

Dr. K. Klausmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220414011/fragment/page=0002